

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Klimanotstand erklären – jetzt! Eindämmung der Klimakrise als höchste Priorität anerkennen.

Der Kreistag möge beschließen

Der Kreistag Ludwigslust-Parchim

- erklärt den Klimanotstand (climate emergency) und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität an,
- unterstützt ausdrücklich das Engagement all derjenigen die sich für den Klimaschutz einsetzen,
- berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei allen Entscheidungen sowie öffentlichen Beschaffungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz sowie auf eine nachhaltige Entwicklung auswirken,
- fordert den Landrat auf, dem Kreistag und der Öffentlichkeit halbjährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten über den Klima- und Umweltschutz Bericht zu erstatten,
- setzt sich dafür ein, dass auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland den Klimanotstand ausrufen und unserem Vorbild folgen.

Begründung:

Schon über ein Jahr gibt es die Klimaschutzbewegung „Fridays For Future“, welche ihren Anfang mit Greta Thunberg in Schweden fand, als sie noch allein gegen die Klimaschutzpolitik demonstrierte. Mittlerweile gibt es bundesweit regelmäßige Streiks und Aktionen, auch im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Zudem soll am 20. September 2019 ein globaler Streik stattfinden. Immer mehr Kommunen rufen derzeit den Klimanotstand aus und erklären, dass die Eindämmung des Klimawandels zur höchsten Priorität erklärt werden müsse.

Laut einer Studie von Klimaforschern von der Schweizer Elite-Uni ETH werden 2050 ca. 80 Prozent aller Städte ein verändertes Klima haben. So wurde für Hamburg in etwa das aktuelle Klima San Marinos prognostiziert, was etwa einen Temperaturanstieg von ca. 5,4° Celsius im wärmsten Monat bedeuten würde und einen Anstieg der jährlichen Durchschnittstemperatur von etwa 1,4° Celsius.

Bereits ist jetzt ist der Klimawandel an einem Punkt angekommen, an der er nur noch schwerlich aufgehalten bzw. eingedämmt werden kann. Um die unkontrollierte globale Erwärmung mit nicht vorhersehbaren Folgen zu verhindern, müssen die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich drastisch reduziert werden. Der Klimawandel gefährdet nicht nur unsere Umwelt sondern wächst auch zu einem Risiko für die Artenvielfalt und die Gesundheit der Bevölkerung aus.

Er gefährdet weiterhin auch den Wohlstand, die Sicherheit und den Frieden ganzer Regionen und zwingt Menschen, aus ihrer Heimat zu flüchten. Wissenschaftler/-innen weisen immer wieder daraufhin: Das Zeitfenster, welches aktuell noch besteht, um unsere Lebensgrundlagen auf Dauer zu sichern, schließt sich rasant. Das aktuell gefahrene Tempo der gesetzgebenden Ebene zur Eindämmung des Klimawandels reicht nicht aus, um eine sichere Zukunftsperspektive für uns und

die nachwachsenden Generationen zu schaffen. So liegt es auch in der Verantwortung der kommunalen Ebene, sich einzubringen und ihren eigenen Beitrag zu leisten und die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.

Was bereits jetzt auch schon deutlich zu merken ist, sind die Wetterextreme, auch in Deutschland. So rechnet der Deutsche Wetterdienst in Zukunft mit immer mehr Stürmen, extremen Regenfällen und Hitzewellen.

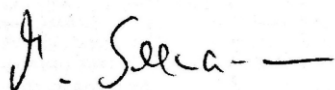
Finanzielle Auswirkung:

keine

Relevanz für das KEK-2030:

KEK Nr. 22201 / 23101

Der Klimanotstand erklärt die Eindämmung der Klimakrise zur Aufgabe von höchster Priorität. Allen voran die Bundespolitik ist dadurch aufgerufen, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die Zielvorgaben des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.



Dr. Margret Seemann und Fraktion



Ulrike Seemann-Katz und Fraktion